

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Anzeiger

Ersteinst.
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal M. 1 55
durch die Post M. 1,92 frei in's Haus.

Inserats
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Gersdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erbach,
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Ruzschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 86.

Sonntag, den 14. April 1907.

57. Jahrgang.

Versteigerung. Montag den 15. April 1907 vorm. 10 Uhr sollen in **Boitels**
Restaurant in Oberlungwitz — anderorts gepfändet —
9 Faß Lagerbier, 1 Kiste Würfelzucker, 1 Kiste Nudeln, 8 Büchsen
Dobbons u. v. a.
meistbietend versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal.

Nachstehend bringen wir die Bestimmungen über die Ablagerung von Schutt und
Mische auf dem städtischen Abladeplatze zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerkten, daß diese Be-
stimmungen mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft treten.
Druckabzüge können im Stadtbauamt, Rathaus Zimmer Nr. 7, während der Expeditionsstunden
unentgeltlich entnommen werden.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 13. April 1907.

Dr. Volkner, Bürgermeister.

Bestimmungen

über die Ablagerung von Schutt, Mische und dergl.
auf städtischen Abladeplätzen.

§ 1. Für jedes mit Zugtieren (mit Ausnahme von Hunden) bespanntes Fuhrwerk: Schutt, Mische
und dergleichen, welches auf dem städtischen Schutt- und Abladeplatze abgeladen wird, ist eine Gebühr von
30 Pf. zu erlegen. Hundegeschirre sind gebührenfrei.
Zu diesem Zwecke sind die nötigen Marken à 30 Pf. in der städtischen Kasse zu entnehmen
und dem auf dem Schutt- und Abladeplatze hierzu beorderten städtischen Arbeiter vor Abladen des Fuhrwerks ab-
zugeben.

§ 2. Das Schutt- und Abladen darf nur während der geordneten Arbeitszeit und zwar: vom
1. April bis 1. Oktober in der Zeit von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends, in den anderen Monaten von
8 Uhr früh bis zum Eintritt der Dämmerung geschehen.

§ 3. Der Weisungen des am Schutt- und Abladeplatze hierzu beorderten städtischen Arbeiters ist
bezüglich des Abladens und der Ordnung dortselbst unbedingt Folge zu leisten.
§ 4. Uebertretungen dieser Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 20 M. oder Haft
bis zu 3 Tagen geahndet. Die angedrohten Strafen treffen den Geschirrführer.

Hohenstein-Ernstthal, am 13. April 1907.

Der Stadtrat.

L. S. (gez.) Dr. Volkner,
Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.

L. S. (gez.) E. Redlob,
Vorsteher.

Die Wassersteuer und die Elektromotorenmiete für die Monate Januar bis mit
März 1907 sind spätestens bis zum

22. April 1907

zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung an die Stadtkeureinnahme, Rat-
haus, Zimmer Nr. 5, zu bezahlen.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 13. April 1907.

Dr. Volkner, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Der am 31. März 1907 fällig gewesene I. Termin Gemeindeanlagen ist spätestens bis
zum 20. April 1907

bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist vorzunehmenden Zwangsmittel, an die hiesige Gemeinde-
kasse abzuführen.

Gersdorf, den 3. April 1907.

Der Gemeindevorstand.

Göhler.

Freibank: Montag Verkauf von rohem Rindfleisch Pfd. 45 Pfg.

„Revisionismus“ an allen Ecken und Enden.

Die Ueberzeugung, daß der Wandel der Zeiten
auch an den politischen Parteien nicht spurlos vor-
übergehen kann und daß sich veränderten Zeit-
verhältnissen auch die Parteien anpassen
müssen, findet bei allen politischen Gruppierungen
ihre Verfechter. Zumeist sind es allerdings nur
Prediger in der Wüste, die ihre Stimme zu Gunsten
einer fortschrittlichen Entwicklung der Parteibestrebungen
das Wort reden und damit das Anathema der in den
starken Ueberlieferungen und petrefakten Ideen Be-
fangenen über sich heraufbeschwören. Wir haben
ein lehrreiches Beispiel dafür erst in den letzten
Tagen anzuführen können.

Auch die Zahl derjenigen, die gegen den
Zentrumsturm Sturm laufen, ist in diesem Wochen-
begreifen. So hat kürzlich Professor v. Savigny
in München die Ansicht vertreten, daß das Zentrum
als politische Partei, nachdem die letzten Reste der
Kulturkampf-Begeisterung abgetragen seien, seine
Mission erfüllt habe. Wehrliche Gedanken hat der
katholische Theologe Dr. Joseph Müller in
München, Herausgeber der „Renaissance“, des Organes
der Reform-Katholiken, zum Ausdruck gebracht. Er
judt die Ursache des Niederganges der Zentrumspartei
daran, daß sie alles vom konfessionellen Ge-
sichtspunkte aus betrachte. Die katholische Kirche
müsse nur zu oft für die Sünden dieser politischen
Partei büßen. Die konfessionelle Abschließung sei
eine große Einbuße für das gesamte Kulturleben.
Das Zentrum habe seine Herrschaft in übermütiger
Art geführt, es habe sich durch seine Unehrlich-
keit und Unzulänglichkeit bei allen Parteien
verhaßt gemacht. Es sei aber auch, mit der kirch-
lichen Gewalt in Konflikt geraten und verlange,
daß die kirchlichen Führer sich nicht in die Politik
mischen sollen. Das Bündnis mit ausgesprochenen
Atheisten und Revolutionären hätten aber die Bischöfe
doch nie und nimmer gutheißen können. Man müsse
abwarten, ob der Papst zur Festigung der Autorität
der Bischöfe beitragen werde. Man habe die Macht
des Zentrums zu groß werden lassen; jetzt werde
diese schwer eingeschränkt sein. Wenn das Zentrum
den bisherigen Weg weitergehe, dann könnten die
Bischöfe ruhig abdanken, dann hätten sie nichts mehr
zu sagen, mit ihrer Autorität sei es vorbei. Müller
regt schließlich die Gründung einer „christlich-
liberalen“ Partei an, die sich aus dem linken
Flügel des Zentrums und dem rechten der national-
liberalen Partei bilden könnte. Es gebe unter den
Katholiken eine sehr große Zahl von Laien und
Geistlichen, die der Zentrums-Extrakt überdrüssig

seien und die Unehrlichkeit einer Gesellschaft verabs-
cheuen, die sich bei der Wahl als die „alleinkatho-
lische Partei“ ausbehe und dann in ihrer kirchen-
politisch sich als unabhängig von der rechtmäßigen
kirchlichen Gewalt erkläre, sie mit Beschimpfungen
ordinärster Art überhäufe.

Auch die Vulprediger in der Sozial-
demokratie lassen sich trotz des zornigen
Einspruchs der Parteiprägen nicht einschüchtern. In
dem Freiburger sozialdemokratischen Verein hat dieser
Lage der Führer der dortigen Sozialdemokratie
W. Engelen, der einer der Hauptvertreter
der revisionistischen Richtung in Baden ist, seinen
intransigenten Parteigenossen einige bittere Pillen
zu schlucken gegeben; er erklärte nämlich u. a.:
„Der Glaube an einen früheren oder späteren Zu-
sammenbruch muß aufgegeben werden, einen Zu-
sammenbruch, wie ihn die Gruppe Luxemburg lehrt,
gibt es nicht und ist auch gar nicht wünschenswert.
Die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschafts-
ordnung in eine sozialistische kann sich nur voll-
ziehen als ein stetiger Aufstieg in wirtschaftlicher,
geistiger und kultureller Beziehung. Das, was wir
als Endziel bezeichnen, wird uns nie als das Er-
gebnis einer Katastrophe zufallen, sondern nur als
eine Ertragsleistung langjähriger, opferreicher Arbeit.
Unsere Tätigkeit auf politischem, gewerkschaftlichem
und genossenschaftlichem Gebiet stellt die soziale
Revolution dar. Es ist ein törichtes Gerücht, daß
dadurch das Endziel in die Ferne gerückt wird. Daß
das Endziel noch fern ist, ist gewiß, aber daran sind
nicht diejenigen schuld, die diese Tatsache feststellen,
sondern die gegebenen Verhältnisse. Alles, auch jede
Kleinigkeit, die wir für das arbeitende Volk er-
ringen, bringt uns dem Ziel näher. . . Was würde
es uns nützen, wenn wir einmal die politische Macht
erreichten und wären dann nicht im Stande, die-
jenigen wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen,
die dem Volke versprochen wurden? Wenn wir in
Deutschland zu politischem Einfluß gelangen wollen,
dann dürfen wir nicht die rein proletarische
Politik treiben im Sinne des „Vorwärts“, son-
dern eine Politik, welche die Interessen aller arbeiten-
den Stände umfaßt.“

Engelen sagt mit diesen Ausführungen natür-
lich nichts, was nicht schon von anderen Ver-
fechtern der revisionistischen Ideen innerhalb seiner
Partei gesagt worden wäre. Aber als Beispiel dar-
für, wie die von den Parteiführern vertretenen
Doktrin wachsendem Widerspruch begegnet, verdienen
seine Darlegungen doch registriert zu werden.

Aus dem Reiche.

Die angebliche Wahlbeeinflussung des
Reichskanzlers.

Das Antworttelegramm des Reichskanzlers,
womit er die Wahl in Schweidnitz zu Gunsten
des Konservativen amtlich beeinflusst haben soll, hat
folgenden Wortlaut gehabt: „In meinem Briefe an
den Generalleutnant v. Liebert habe ich deutlich
ausgesprochen, worauf es in dem gegenwärtigen
Wahlkampfe ankommt, und habe unter den zu be-
kämpfenden Gegnern die Sozialdemokratie in erster
Linie genannt.“ — Man muß sich bloß wundern,
daß das schwarz-rote Oppositionskomitee
nicht sämtliche Mitglieder der Reichskanzler angefochten
hat, wo ein sozialdemokratischer Gegner war! Die
Wahlprüfungskommission hätte sie in Konsequenz
ihres bezüglich der Schweidnitzer Wahl eingenommenen
Standpunktes sämtlich kassieren müssen, denn genau
in derselben Weise hat der Reichskanzler alle diese
Wahlen „amtlich beeinflusst“. Das Erbteil jedes
Wahlkampfes, die literale Wahlbeeinflussung
auszutreten, wird die Wahlprüfungskommission sich
natürlich sehr hüten. Das staatsbürgerliche Recht
der Geistlichen, die ihnen anvertrauten Seelen von
der Kanzel herab oder im Vestibül mit allen
Söllensstrafen zu bedrohen, sofern sie liberal wählen,
darf natürlich nicht angefaßt werden! Aber dem
Manne, der die Reichspolitik verantwortlich zu leiten
hat, muß man für den Wahlkampf einen Maulkorb
anlegen. So wird Vernunft Unfuss Wohlstand
Blage, wenn nicht das Plenum des Reichstages
noch ein Einsehen hat.

Die Streiklage im Hamburger Hafen.

Die Zahl der arbeitswilligen Schauer-
leute in Hamburg betrug am Freitag morgen
4812. Von England sind im Laufe des Tages
250 Mann angekommen. Insgesamt werden 1000
Mann aus England und allen Teilen Deutschlands
jetzt wieder erwartet. Von Donnerstag mittag bis
Freitag morgen sind 18 Dampfer und 2 See-
schleppzüge abgegangen, während 24 Dampfer, ein See-
schleppzug und ein Segelschiff angekommen sind. —
In London sammelten sich gestern infolge der Nach-
richt, daß der Hafenbetriebsverein in Hamburg die
Vorschläge der Hafnarbeiter zurückgewiesen habe,
ungefähr 2500 englische Hafnarbeiter, viele von
ihren Frauen begleitet, vor dem dortigen Geschäfts-
lokal der Hamburg-Amerika-Linie, um sich für
Hamburg anwerben zu lassen. Die englische
Arbeitserschaft scheint es also, wenigstens dem Aus-
lande gegenüber, mit der „Solidarität“ nicht so
genau zu nehmen. — Auch in Königsberg be-
reitet sich übrigens ein scharfer Konflikt zwischen

dem Arbeitgeberverband und dem sozialdemokratischen
Verband der Hafnarbeiter vor.

Das Erbe Auer's.

An Stelle des verstorbenen Abg. Auer soll der
frühere Abgeordnete Molkenbühr zum Sekretär
der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagen werden.
Er wird voraussichtlich auch bestätigt werden.

Aus dem Auslande.

Ministerkrisis in Belgien.

In der belgischen Kammer teilte der Minister-
präsident gestern mit, daß das Kabinett dem Könige
seine Demission unterbreitet habe. Den Grund
zu der Resignation bildet der Umstand, daß das
Ministerium nicht mehr die Mehrheit in der
Kammer hinter sich hat. Die letztere hat sich
auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Militär-Organisation in der Schweiz.

Die vom Schweizer Ständerat und vom Natio-
nalsrat angenommene neue Militär-Organisation be-
weckt eine eingehende Reform des Wehrwesens durch
gründlichere Ausbildung der Kadres und
der Truppkonzentration, der Ausdehnung der
Dienstzeit auf frühere Jahrgänge, Verlängerung der
Infanterie-Reservenschule von 45 bis 65 Tage, Ver-
mehrung der Rechte und Pflichten der Truppen-
führer. Das Gesetz sieht außerdem eine stati-
sche Fürsorge für die bedürftigen Familien
von zum Dienst einberufenen Wehrmännern vor.
Es unterliegt dem Referendum und wird wahrschein-
lich im Spätherbst zur Volksabstimmung gelangen.

Sieg Nicaraguas.

Newyorker Firmen erhielten aus Managua eine
Depesche mit der Unterschrift „Zelaya, Präsident
von Nicaragua“, die besagt, der Präsident von Hon-
duras, Borrilla habe sich am 10. d. M. den
Truppen von Nicaragua ergeben.

Vom Pariser Bäckerstreit.

Von Seiten der Arbeitgeber im Pariser Bäck-
ergewerbe wird erklärt, die großen Bäckereien
seien von dem Auslande nicht berührt worden,
weil die Zahl der Arbeitswilligen genügend sei, um
die Fortführung der Betriebe zu sichern. In den
kleineren Bäckereien haben die Eigentümer selbst mit
Hilfe von angeworbenen Arbeitswilligen für die Her-
stellung von Brot gesorgt. Nur in einer kleinen
Anzahl von Bäckereien hat kein Brot hergestellt wer-
den können, doch haben diese sich in anderen Bäck-
ereien, wo gearbeitet worden war, versorgt. Patrouillen
der republikanischen Garde durchzogen am Freitag
die verschiedenen Stadtviertel von Paris.